

Protokoll
über die 56. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen (Sondersitzung) am
22.05.2008

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Beratungsraum Büro OB (6. Etage, Aufzug C)

Anwesenheit

Vorsitzender

Sembritzki, Erika Fraktion DIE LINKE

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Bank, Sabine Dr. Fraktion Unabhängige Bürger

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU-Fraktion und Liberale

ordentliche Mitglieder

Bemann, Annegret	SPD-Fraktion
Brill, Anna	Fraktion DIE LINKE
Graff, Esther Rahel	SPD-Fraktion
Nagel, Cornelia	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Woywode, Robert	CDU-Fraktion und Liberale

stellvertretende Mitglieder

Hubert, Rudolf	
Marksteiner, Klaus	Fraktion DIE LINKE
Schulz, Andreas	Fraktion DIE LINKE

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter

Verwaltung

Grotelüschen, Christel
Mikula, Monique
Ruhl, Andreas
Subke, Bärbel

Leitung: Erika Sembritzki
Schriftführer: Annika Winter

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Mitteilungen der Verwaltung
3. Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2008 - 2020
Vorlage: 01979/2008
II / Finanzen - Wiedervorlage aus der 55. Sitzung am
08.05.2008, TOP 5.1 -
4. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die 56. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen, begrüßt die Ausschussmitglieder und die Vertreter der Verwaltung. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 **Mitteilungen der Verwaltung**

Bemerkungen:

a)

Herr Hubert fragt, ob bereits ein aktuelles Organigramm zur Dezernatsverteilung vorhanden ist und ob dieses an die Ausschussmitglieder verteilt werden kann. Die Verwaltung wird dieses Anliegen prüfen.

b)

Frau Graff bittet um Information, durch wen derzeit der Vorsitz in der Trägerversammlung der ARGE wahrgenommen wird. Frau Subke, stellvertretende Leiterin des Amtes für Soziales und Wohnen führt aus, dass der Vorsitz zunächst durch den stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Westkamp wahrgenommen werde. Die Stimmengleichheit sei gewahrt, da Herr Dr. Friedersdorff an der Trägerversammlung als stimmberechtigtes Mitglied teilnehme.

c)

Frau Bemann bittet um eine Sachstandsmitteilung hinsichtlich der Personalsituation in der ARGE Schwerin. In der 53. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 27. März 2008 berichtete Herr Wollenteit über die angespannte personelle Situation der ARGE.

d)

Frau Sembritzki berichtet von der Stadtvertretersitzung am 19. Mai 2008.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 3 **Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2008 - 2020** **Vorlage: 01979/2008**

Bemerkungen:

Die erste Einbringung des Haushaltssicherungskonzeptes erfolgte bereits am 8. Mai 2008 in der 55. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen. Nunmehr erfolgt die eingehende Beratung des HSK. Die Ausschussvorsitzende gibt den Ausschussmitgliedern zunächst die Gelegenheit, allgemeine Fragen zum HSK zu diskutieren.

1.

Budget I.1 – Wirtschaftliche Unternehmungen

Herr Baumotte und Herr Hubert drücken ihr Unverständnis darüber aus, wie die Verwaltung gerade vor dem Hintergrund der äußerst angespannten Haushaltslage mit den städtischen Betrieben umgeht. Insbesondere die jeweilige Eigenkapitalverzinsung werfe dabei Fragen auf. Herr Ruhl, Leiter der Lenkungsgruppe strategische Steuerung, erläutert, dass im Rahmen der Maßnahme I.1-9 eine Überprüfung aller Beteiligungen angestrebt werde. Weiter empfiehlt Herr Ruhl eine gemeinsame Sitzung zu dieser Thematik mit dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften, da in diesem ähnliche Fragen aufgeworfen worden seien. In diese gemeinsamen Sitzung solle ein Vertreter der Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung (GBV) eingeladen werden. Durch die GBV werde das Beteiligungsmanagement für die Landeshauptstadt wahrgenommen.

Folgender **Antragsentwurf** wird vom Behindertenbeirat zur kurzfristigen Beratung in den Fraktionen an die Ausschussmitglieder verteilt:

„An die stadteigenen Betriebe müssen die gleichen Maßstäbe angesetzt werden wie an den Haushalt der Stadt und an die „freien“ Wirtschaftsbetriebe. Die Stadtvertreter sollen folgendes beschließen:

- a. Von allen stadteigenen Betrieben und Betrieben mit Mehrheitsbeteiligung der Stadt soll bis zum 1. Halbjahr 2009 ein umfassendes Sanierungskonzept des jeweiligen Unternehmens den Gesellschaftern vorgelegt werden.
- b. ~~Das Konzept~~ Das Konzept soll eine Bewältigung der Krisensituation bis zum Jahresende 2009 nachweisen.
- c. Sollte das den Unternehmen nicht möglich sein, muss ein Verkauf der Gesellschafteranteile angestrebt bzw. Insolvenz angemeldet werden im 2. Halbjahr 2009.“

Beschluss:

Der Antragsentwurf wird umgehend in allen Fraktionen beraten und gegebenenfalls durch diese in der Stadtvertretung eingebracht.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

2.

Budget I.1 – Wirtschaftliche Unternehmungen

Maßnahme I.1-9 Krematorium

Frau Bemann führt aus, dass Konsolidierungsbemühungen des Krematoriums nicht zu Lasten des Sozialbudget gehen dürfen. Insbesondere sei bedenklich, dass bei Übernahme von entsprechenden Kosten im Rahmen der Sozialhilfe lediglich in Schwerin kremiert werden dürfe. Im Schweriner Krematorium seien die Kosten jedoch höher, als in anderen Krematorien. Dies führe zu Verschlechterungen im Sozialbudget.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die finanziellen Zusammenhänge zwischen dem Sozialbudget und dem Krematorium aufzuzeigen. Entscheidungen zu den städtischen Unternehmen dürfen unter keinen Umständen zu Lasten des Sozialbudgets gehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

3.

Budget 50.4 – Zuwendungen an Vereine im Sozialbereich

Maßnahme 50.4-1

Herr Woywode fragt bezüglich der aktuellen Planzahl für das Jahr 2008 nach, da im vorliegenden HSK von einem Ausgabevolumen in Höhe von 390.800 Euro ausgegangen wird. Frau Grotelüschen erläutert, dass es der Verwaltung noch nicht möglich war, dass HSK bereits vollständig an alle aktuellen Änderungen anzupassen. Dies erfolge derzeit. Bei der Maßnahme 50.4-1 werde es heißen „Plan 2008: 490.800 €“. Auf Nachfrage erläutert Frau Grotelüschen, dass lediglich als Ultima Ratio eine Streichung der Fördermittel auf 0 Euro in Frage käme. Frau Sembritzki betont, dass dies jedoch nicht Bestandteil des jetzigen Beschlusses sei.

4.

Budget 50.5 – Leistungen nach anderen Gesetzen

Maßnahme 50.5-1

Auf Nachfrage erläutert Herr Ruhl, dass nach Vertragsende im Jahr 2009 das Pilotprojekt Rekobim nicht verlängert werden soll. Im Ergebnis würden ab dem Jahr 2010 Einsparungen von jährlich 6.000 Euro erzielt. Herr Baumotte macht darauf aufmerksam, dass mit Streichung dieses Projektes auch Landesmittel in wesentlicher Höhe verloren gingen. Herr Baumotte führt Folgendes aus: „Der IntegrationsFachDienst Migration REKOBIM (Träger VSP) ist einer von drei IFDMs in MV und hat die Aufgabe, im gesamten westlichen Mecklenburg (PCH, LWL, NWM, HWI und SN) erwachsene arbeitslose MigrantInnen beruflich zu integrieren. In der bisherigen Laufzeit des IFDM (ca. 1,5 Jahre) konnten über 500 MigrantInnen erreicht werden, von denen fast die Hälfte in Qualifizierung, Beschäftigung und Arbeit vermittelt wurde.

Laut Aussage der ARGE gibt es derzeit in Schwerin mehr als 3000 arbeitslose MigrantInnen, die Leistungsbezieher von ALG II sind. Würde der IFDM REKOBIM nicht mehr von der Stadt mit der vergleichsweise geringen Summe von 6000 Euro kofinanziert, würde auch keine Entlastung der Sozialausgaben (Kosten der Unterkunft und Grundsicherung) erzielt werden. Der IFDM kann laut Richtlinie vom Land nur zu 80 % gefördert werden, die Kofinanzierung wird von den Beteiligten Landkreisen und Kommunen erwartet.

Fällt die Kofinanzierung der Stadt Schwerin weg, fällt auch der Landeszuschuss (etwa 120.000 €) weg.“

Nach längerer Diskussion wird folgender Beschluss gefasst.

Beschluss:

Die Verwaltung soll beauftragt werden, die Maßnahme 50.5-1 „Rekobim“ in einen Prüfauftrag umzuwandeln.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Abschließend übergibt Herr Ruhl entsprechend einer Anfrage aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen eine Darstellung zu Zinsen und Tilgungen am Kreditmarkt sowie zu Kassenkreditzinsen. Die Darstellung ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Beschluss:

Dem Haushaltssicherungskonzept 2008 – 2020 wird unter der Maßgabe zugestimmt, dass die Maßnahme 50.5-1 in einen Prüfauftrag umgewandelt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 4

Sonstiges

Bemerkungen:

1.

Der Ausschuss für Soziales und Wohnen bittet in der nächsten Ausschusssitzung am 12. Juni 2008 um eine Sachstandsmitteilung zur interkulturellen Woche.

2.

Weiterhin bittet der Ausschuss um Beantwortung der folgenden Frage in der nächsten Sitzung:

„Im Budget 50.2 werden Einnahmen aus dem Landeshaushalt in Höhe von 15.582.400 € erwartet. Diese Einnahmen sind für pflichtige, stationäre und teilstationäre Pflege- und Betreuungsleistungen. Die Ausgaben werden um 116.600 € weniger prognostiziert. Daraus folgt, dass die Stadt im Jahr 2009 50 % des nicht ausgegebenen Budgets weniger vom Land bekommt. Die notwendigen Ausgaben in diesem Bereich werden aber von der Stadt künstlich nach unten gedrückt. Wofür werden die 116.600 € im Jahr 2008 verwendet?“

3.

Herr Baumotte, als Vertreter des Behindertenbeirates, signalisiert, dass seiner Meinung nach die schriftliche Beantwortung seiner Fragen aus der 51. Sitzung am 14. Februar 2008 nicht ausreichend sei. Weitere konkretere Ausführungen erscheinen notwendig.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder bitten die Verwaltung um Ausführungen zu den aufgezeigten Fragenstellungen.

gez. Erika Sembritzki

Vorsitzende/r

gez. Annika Winter

Protokollführer